

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Tressel, Christian Kühn (Tübingen),  
Claudia Müller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/20576 –**

### **Ein Förderprogramm „Neues Leben auf dem Land“ auflegen**

#### **A. Problem**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt dar, dass ländliche Räume in Deutschland vielerorts Probleme mit dem Wegzug insbesondere junger Menschen haben. Oft spielen ihr zufolge Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten hierbei eine wichtige Rolle. Es gibt laut der Antragsteller Gegenbewegungen zu dieser Entwicklung. An vielen Orten in Deutschland werden nach deren Angaben bereits Konzepte entwickelt, um Menschen die Attraktivität des Lebens in ländlichen Regionen zu vermitteln. Durch die Coronavirus-Krise ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Attraktivität der ländlichen Räume weiter in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Die neuen Möglichkeiten z. B. im Bereich von Home-Office können aus ihrer Sicht die Bereitschaft, den Lebensmittelpunkt in ländliche Räume zu verlagern, verstärken. Diese Entwicklung sollte für sie durch gezielte Förderung unterstützt werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/20576 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein Modellprojekt „Neues Leben auf dem Land“ innerhalb des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) einzurichten, mit dem Ziel, dieses in die Regelförderung in den Förderbereich 1 „Integrierte ländliche Entwicklung“ zu überführen, in enger Verknüpfung und als Ergänzung zum Förderbereich Mehrfunktionshäuser und dabei insbesondere bestimmte Schwerpunkte und Zielsetzungen mit einzubeziehen. Dazu gehört u. a., Projekte zu fördern, die Probenwohnen auf dem Land anbieten und mit nachhaltigen Beratungsangeboten für längerfristige Wohnmöglichkeiten verbunden werden, sowie einen Schwerpunkt auf die Reaktivierung von Ortskernen zu Wohnzwecken durch den Einbezug von bereits bestehender Infrastruktur, z. B. durch eine finanzielle Förderung bei Reaktivierung alter Gebäude in Ortskernen, zu setzen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CDU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/20576 abzulehnen.

Berlin, den 21. April 2021

### **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Alois Gerig**  
Vorsitzender

**Hans-Georg von der Marwitz**  
Berichterstatter

**Hiltrud Lotze**  
Berichterstatterin

**Stephan Protschka**  
Berichterstatter

**Nicole Bauer**  
Berichterstatterin

**Heidrun Bluhm-Förster**  
Berichterstatterin

**Renate Künast**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Hans-Georg von der Marwitz, Hiltrud Lotze, Stephan Protschka, Nicole Bauer, Heidrun Bluhm-Förster und Renate Künast**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 170. Sitzung am 2. Juli 2020 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 19/20576** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt dar, dass ländliche Räume in Deutschland vielerorts Probleme mit dem Wegzug insbesondere junger Menschen haben. Oft spielen ihr zufolge Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten hierbei eine wichtige Rolle. Es gibt laut der Antragsteller Gegenbewegungen zu dieser Entwicklung. Sie führen aus, dass ältere Menschen zum Teil wieder aufs Land ziehen und Familien finanziell bedingt auf ländliche Regionen ausweichen, weil sie sich in der Stadt die Mieten für Wohnungen oder Häuser in angemessener Größe nicht leisten können. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweist auf eine Studie des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, der zufolge in der Gruppe der über 30jährigen Deutschen im Schnitt mehr Menschen aufs Land als in die Stadt ziehen. Insgesamt bleibt laut der Antragsteller mit Verweis auf die Studie der Saldo zwischen Stadt und Land durch den hohen Wegzug junger Menschen in die Städte negativ. Demnach zogen zwischen den Jahren 2008 und 2014 250 000 mehr Deutsche in die Städte als von dort fort. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt dar, dass gemäß der Studie die Binnenmigration die demographischen Probleme in den ländlichen Regionen, besonders in Ostdeutschland, verschärft.

An vielen Orten in Deutschland werden nach Angaben der Antragsteller bereits Konzepte entwickelt, um Menschen die Attraktivität des Lebens in ländlichen Regionen zu vermitteln. Viele dieser Konzepte sind nach Darstellung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielgruppenspezifisch. Sie richten sich z. B. an ältere Menschen und zeigen ihnen ein Angebot für das Leben im Alter auf. Andere Projekte laden gemäß der Antragsteller besonders junge Familien zum Probewohnen ein und versuchen mit einem weitergehenden Beratungsangebot, die Vorteile des Lebens in ihren Regionen zu vermitteln. Für attraktives Wohnen in ländlichen Räumen müssen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusätzlich infrastrukturelle Grundvoraussetzungen gewährleistet werden. Gerade für junge Menschen ist ihr zufolge z. B. eine ausreichende Breitband- und Mobilfunkabdeckung wesentlich. Eine Förderung von Projekten, die den Zuzug in ländliche Räume anstreben, kann für die Antragsteller eine sinnvolle Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik nicht ersetzen, aber sehr gut ergänzen. Es gibt dabei nach Darstellung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterschiedliche Förderansätze, zu denen u. a. die Unterstützung von Probewohnen gehört. Eine Verstetigung und Systematisierung von Projekten sowie eine bessere Vernetzung zum Wissensaustausch würde aus Sicht der Antragsteller dabei helfen, dass viele Regionen die bestehenden Möglichkeiten nutzen könnten und ein echter Effekt erzielt wird.

Durch die Coronavirus-Krise ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Attraktivität der ländlichen Räume weiter in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Die neuen Möglichkeiten z. B. im Bereich von Home-Office können aus ihrer Sicht die Bereitschaft, den Lebensmittelpunkt in ländliche Räume zu verlagern, verstärken. Diese Entwicklung sollte für sie durch gezielte Förderung unterstützt werden.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/20576 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein Modellprojekt „Neues Leben auf dem Land“ innerhalb des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) einzurichten, mit dem Ziel, dieses in die Regelförderung in den Förderbereich 1 „Integrierte ländliche Entwicklung“ zu überführen, in enger Verknüpfung und als Ergänzung zum Förderbereich Mehrfunktionshäuser und dabei insbesondere die folgenden Schwerpunkte und Zielsetzungen mit einzubeziehen:

1. Projekte zu fördern, die Probewohnen auf dem Land anbieten und mit nachhaltigen Beratungsangeboten für längerfristige Wohnmöglichkeiten verbunden werden.
2. Einen Schwerpunkt auf die Reaktivierung von Ortskernen zu Wohnzwecken durch den Einbezug von bereits bestehender Infrastruktur, z. B. durch eine finanzielle Förderung bei Reaktivierung alter Gebäude in Ortskernen, zu setzen.
3. Digitales Arbeiten auf dem Land mit einzubeziehen, durch die Förderung von Co-Working-Projekten, die umfassende Konzepte als sozialer Anlaufpunkt beinhalten und temporäres Wohnen mit einschließen.

### III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 77. Sitzung am 21. April 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/20576 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

#### 1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/20576 in seiner 80. Sitzung am 21. April 2021 abschließend beraten.

#### 2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/20576 abzulehnen.

Berlin, den 21. April 2021

**Hans-Georg von der Marwitz**  
Berichtersteller

**Hiltrud Lotze**  
Berichterstellerin

**Stephan Protschka**  
Berichtersteller

**Nicole Bauer**  
Berichterstellerin

**Heidrun Bluhm-Förster**  
Berichterstellerin

**Renate Künast**  
Berichterstellerin





